

Maristella Svampa *

Neo-desarrollistischer Extraktivismus und soziale Bewegungen:
Eine öko-territoriale Wende in Richtung neuer Alternativen?

Lateinamerika bietet gegenwärtig ein äußerst kontrastreiches Panorama. Dieses ist unter anderem durch das Aufkommen und die Konsolidierung progressiver Regierungen gekennzeichnet, von denen sich einige eine Transformation des Staates und die Vertiefung einer partizipativen Demokratie zur Aufgabe gemacht haben. Ein propagiertes Ziel ist die Umsetzung von Politiken, die die Lebensbedingungen der am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen verbessern sollen. Ausgehend von einer Kritik am Neoliberalismus der 1990er Jahre wird dabei nicht selten eine national-populäre Rhetorik verwendet, welche die Polarisierung und Konfrontation zwischen wirtschaftlichen Machtgruppen und der Bevölkerung betont. Allerdings koexistieren diese Kritik am Neoliberalismus und die verschiedenen national-populären Politikmuster mit einem neokolonialen Entwicklungsmodell, das auf der Aneignung und Zerstörung natürlicher Ressourcen basiert und Letzteres sogar noch verstärkt.

Jenseits der bestehenden Industrialisierungs- und Emanzipationsrhetoriken scheinen die progressiven Regierungen dazu zu tendieren, die Unterordnung Lateinamerikas in eine geopolitische Weltordnung – welche der Region historisch die Rolle des Rohstoffexporteurs zuweist – im Namen eines „neuen internationalen Konsenses“ und „komparativer Kostenvorteile“ fast schicksalhaft zu akzeptieren. Die destruktiven sozialökologischen Wirkungen dieser Ausrichtung werden kaum berücksichtigt. Folglich hat Lateinamerika im letzten Jahrzehnt den Übergang vom auf finanzieller Inwertsetzung basierenden *Washingtoner Consensus* zu einem *Consensus of Commodities*, d. h. dem großmaßstäblichen Primärgüterexport ohne nennenswerte Mehrwertschöpfung, vollzogen. In geopolitischer Hinsicht entspricht dieser *Consensus of Commodities* einer territorialen und globalen Arbeitsteilung, die auf einer verantwortungslosen Aneignung nicht erneuerbarer Ressourcen gründet. Dies hat neue ökonomische, politische und umweltbezogene Asymmetrien zwischen dem Norden und dem globalen Süden sowie innerhalb des Südens hervorgerufen. Die gegenüber den abhängigen Staaten bestehende Nachfrage nach Primär- und Konsumgütern hat zu einem beschleunigten Prozess der erneuten Rohstoff-Fixierung der lateinamerikanischen Wirtschaft beigetragen, die nicht nur Länder mit einer traditionell starken extraktivistischen Vergangenheit wie Bolivien, Ecuador oder Peru betrifft, sondern sogar für Länder mit einer diversifizierteren Wirtschaftsstruktur wie

* Übersetzt aus dem Spanischen von Ana María Isidoro Losada.

bspw. Brasilien und Argentinien sichtbare Folgen hat (vgl. die Beiträge von Gudyas und Altvater in diesem Band).

Eine der Konsequenzen dieser Wende ist die Verschärfung sozialökologischer Konflikte. Diese werden an der Intensivierung uralter Kämpfe um Land seitens der indigenen Bewegungen, der Bäuerinnen und Bauern sowie am Aufkommen neuer Formen der Mobilisierung und Bürger_innenbeteiligung sichtbar, die auf den Schutz der natürlichen Ressourcen (definiert als „Gemeingüter“), der Biodiversität und der Umwelt zielen.

Unter sozialökologischen Konflikten werden hier jene Konflikte verstanden, in denen sich Akteure mit abweichenden Interessen und Wertvorstellungen hinsichtlich des Zugangs zu und der Kontrolle über natürliche Ressourcen in einem asymmetrischen Machtkontext gegenüberstehen. Im Zentrum dieser Konflikte stehen unterschiedliche Naturauffassungen, sprachlich-symbolische Deutungsmuster und Wahrnehmungen des Territoriums sowie Vorstellungen zu deren Schutz und zukünftiger Nutzung. Überdies bringen diese Konflikte verschiedene Vorstellungen von Entwicklung zum Ausdruck. Eine Analyse sozialökologischer Konflikte bietet somit die Möglichkeit, die komplexen und eng miteinander verwobenen Problemlagen, die sich in der Region im Kontext der gegenwärtigen Auseinandersetzung um Entwicklung und Umwelt äußern, gezielt in den Blick zu nehmen. Ein besonderes Augenmerk muss dabei auf den Nationalstaat gerichtet werden, der innerhalb der immer asymmetrischen Konfiguration sozialökologischer Konfliktlagen eine zentrale Rolle einnimmt.

Die neuen progressiven Regierungen – insbesondere Boliviens und Ecuadors – äußern eine grundlegende Kritik am Neoliberalismus. Von Beginn an konzentrierten sich die Regierungsanstrengungen darauf, die institutionelle Handlungsfähigkeit sowie eine wirtschaftspolitisch aktive Rolle des Staates zurückzuerobern. Diese Stärkung der staatlichen Handlungsspielräume wurde oftmals dazu genutzt, die zentralstaatlichen Umverteilungskapazitäten auszuweiten, allerdings wurden hierbei die sozialliberalen Programme neoliberaler Provenienz oft nicht aufgegeben.

Innerhalb der globalen Governance-Ordnung stellt der Staat indes keinen „Mega-Akteur“ dar. Vielmehr ist die Rückkehr des regulierenden Staates eingebettet in ein stetig wechselndes Akteursszenario, das sich in einer zunehmenden Komplexität der Zivilgesellschaft und wachsenden Zahl an sozialen Bewegungen, NGOs und anderen Akteuren äußert. Zugleich geht der Staat enge Verbindungen mit dem transnationalen Kapital ein, dessen Einfluss in den jeweiligen Nationalökonomien kontinuierlich zunimmt. Diese Rahmenbedingungen gestalten die gegenwärtigen Konflikte und Problemlagen, in denen sich staatliche Politiken, unterschiedliche Logiken und verschiedene räumliche Maßstabebenen/Territorialitäten überlagern, umso komplexer.

Das aktuelle Szenario in Lateinamerika verdeutlicht somit zwei gleichzeitig zu beobachtende Entwicklungen. Erstens zeigt sich eine Fortsetzung der Verbindungen zwischen neo-desarrollistischem Extraktivismus und Neoliberalismus. Hierfür sind Länder wie Peru, Kolumbien oder Mexiko paradigmatisch. Zweitens wird eine Kopplung zwischen dem neo-desarrollistischen Extraktivismus und den „progressiven Regierungen“ sichtbar.

1. Die Pluralität der Subjekte und die Erzeugung alternativer Wissensformen

Die rapide Zunahme sozialökologischer Konflikte weist als Gemeinsamkeit das auf, was Enrique Leff als „die Ökologisierung der indigenen und bäuerlichen Kämpfe und das Aufkommen eines lateinamerikanischen Umweltdenkens“ bezeichnet hat. Charakteristisch für das neue Szenario ist die Entstehung neuer sozialökologischer Bewegungen in ländlichen und in (kleinen und mittleren) urbanen Siedlungen, die einen klassenübergreifenden Charakter besitzen und sich in Form von Versammlungen organisieren. In diesem neuen Gefüge spielen verschiedene kulturelle Kollektive, wie bereits bestehende Umwelt-NGOs, Intellektuelle und Expert_innen eine wichtige Rolle. Sie begleiten die Proteste und Kämpfe der Organisationen und sozialen Bewegungen. Ähnlich wie in anderen Widerstandskontexten zeichnet sich die Organisationsdynamik durch eine hohe Beteiligung von Jugendlichen und Frauen aus, deren Rolle sowohl in den übergeordneten Organisationsstrukturen als auch in den kleinen Kollektiven entscheidend ist.

Der gemeinsame Horizont der Kämpfe und die Entwicklung geteilter Standpunkte hat die Entstehung eines dichten Organisationsnetzwerkes begünstigt. Gleichzeitig zeigen sich vielfältige Verflechtungen zwischen unterschiedlichen Auseinandersetzungen. Dies kann durchaus als Kontinuität des neuen Internationalismus verstanden werden, den Lateinamerika als Tendenz zumindest seit dem Jahr 2000 und dem Beginn eines neuen Zyklus von sozialen Auseinandersetzungen auf der regionalen Ebene und insbesondere in Form der Sozialforen kennt. Die Überschneidungsmomente der Kämpfe spiegeln zudem die multiskalare Dynamik wider, die vom Lokalen zum Nationalen bis hin zum Subkontinentalen reicht. In diesem Sinne stellt die Vernetzung unterschiedlicher Akteure, welche einen Austausch zwischen verschiedenen Wissensformen und Disziplinen, die Wertschätzung lokalen Wissens sowie die Erarbeitung eines von hegemonialen Diskursen unabhängigen Expertenwissens ermöglicht hat, qualitativ das wirklich Neue der Entwicklungen dar.

Eine Auflistung aller gegenwärtig in Lateinamerika bestehenden selbstorganisierten nationalen Umweltnetzwerke sowie der bäuerlichen und indigenen Organisationen, die in ihren jeweiligen Territorien Widerstand leisten, ist nahezu unmöglich. Auch auf die Gefahr hin, dass es sich bei der folgenden Darstellung um eine kurze und lediglich beispielhafte Auflistung handelt, werden im nächsten Abschnitt einige Bewegungen vorgestellt, in denen sich soziale Bewegungen, Umweltbewegungen und Umwelt-NGOs in den letzten Jahren zusammengeschlossen haben.

CONACAMI (Confederación Nacional de Comunidades Afectadas por la Minería – Nationale Konföderation vom Bergbau betroffener Gemeinschaften)

Unabhängig von den bereits bestehenden Gewerkschafts- und bäuerlichen Organisationen vereint die 1999 in Peru gegründete CONACAMI eine Reihe von subnationalen Organisationen zu einem nationalen Dachverband. Hierzu zählen etwa die Regionalen Koordinationen der vom Bergbau betroffenen Gemeinden (*Coordinadoras Regionales de Comunidades Afectas por la Minería – CORECAMIs*), die Verbände

der Gemeinschaften auf Provinz-, Department- und Regionalebene (*Federaciones de Comunidades Provinciales, Departamentales y Regionales*) sowie die Verteidigungsfronten und Zentralen der Bauern- und Bäuerinnenvereinigungen (*Frentes de Defensa* und *Centrales de Rondas Campesinas*). Hierüber gelang es der CONACAMI, die Diskussion über den Bergbau auf die nationale Agenda zu setzen; allerdings hat der Dachverband in den letzten Jahren in dem Maße, in dem er nicht mehr an allen in Peru bestehenden Bergbau-Konflikten beteiligt ist, einen gewissen Grad an Basisvertretung eingebüßt.

FOBOMADE (Foro Boliviano sobre Medio Ambiente y Desarrollo – Bolivianisches Forum für Umwelt und Entwicklung)

Hierbei handelt es sich um eine Organisation aus Bolivien, die soziale und Umweltorganisationen, wissenschaftliche Institutionen und Einzelpersonen vereint, die sich in ihren Gemeinschaften für den Umwelt- und Ressourcenschutz einsetzen oder diese gezielt dabei unterstützen. FOBOMADE hat nicht nur zahlreiche umweltbezogene Gesetzesinitiativen angestoßen, sondern ist aufgrund der Erdölexplorationen im Norden des bolivianischen Amazonasgebietes, auf dem Territorium des indigenen Volkes Mosetén, jüngst auch direkte Konflikte mit der bolivianischen Regierung eingegangen.

UAC (Unión de Asambleas Ciudadanas – Zusammenschluss der Bürger_innenversammlungen)

2006 in Argentinien ins Leben gerufen, vereint die UAC etwa siebzig Basisorganisationen (selbst-einberufene Versammlungen, territoriale Organisationen und kulturelle Kollektive), die das Modell des Mega-Bergbaus und des Agrobusiness in Frage stellen, wobei ihre Hauptaktivität sich auf die Unterstützung des Antibergrbau-Kampfes in Argentinien konzentriert. Auf der Grundlage des Versammlungsprinzips kommen sie dreimal im Jahr mit dem Ziel zusammen, gemeinsame Widerstandsformen gegenüber der Ausweitung des Bergbau-Modells in zwölf Provinzen zu entwickeln.

ANAA (Asamblea Nacional de Afectados Ambientales – Nationalversammlung der Umweltbetroffenen)

Die 2008 in Einrichtungen der UNAM in Mexiko gegründete Dachorganisation ANAA setzt sich aus verschiedenen Basisorganisationen zusammen, die gegen die durch den Mega-Bergbau hervorgerufene Zerstörung und Kontaminierung, gegen die Errichtung von Wasserstaudämmen, gegen das unkontrollierte Wachstum der Städte und die zunehmende Umweltverschmutzung durch industrielle Massentierhaltung (Schweine, Geflügel, Garnelen) kämpfen. Dabei wird die ANAA von der *Unión de Científicos Comprometidos con la Sociedad* (UCCS), der Vereinigung der Gesellschaft verpflichteter Wissenschaftler_innen, unterstützt.

CAOI (Coordinadora Andina de Organizaciones Indígenas – Andine Koordination der indigenen Organisationen)

Die 2006 gegründete CAOI zählt zu den transnationalen Netzwerken und Beobachtungsstellen und vereint Organisationen aus Peru, Bolivien, Kolumbien, Chile und Argentinien. Als einen ersten Schritt hin zu einem Internationalen Gerichtshof für Umweltrechte unterbreitete die CAOI im Jahr 2009, im Kontext des in Puno (Peru) durchgeführten Vierten Gipfels der Indigenen Völker des Abya Yala den Vorschlag, einen Gerichtshof für Klimagerechtigkeit zu schaffen, „der die transnationalen Unternehmen und mitschuldigen Regierungen verurteilt“.

OLCA (Observatorio Latinoamericano de Conflictos Ambientales – die Lateinamerikanische Beobachtungsstelle für Umweltkonflikte)

Die 1991 mit Sitz in Chile gegründete Beobachtungsstelle für sozialökologische Konflikte berät Gemeinden in Umweltkonfliktsituationen, um lokale Kapazitäten zur Durchsetzung von Umweltrechten zu stärken. Das OLCA hat diverse Arbeiten veröffentlicht, die sich mit lokalen und regionalen Umweltproblematiken (insbesondere in Chile, Peru und Bolivien) befassen. Gegenwärtig unterstützen sie gemeinsam mit argentinischen Organisationen die Bewohner_innen des Valle de Huasco in Chile in einer wichtigen Kampagne gegen das binationale Mega-Bergbau-Projekt Pascua Lama, das eine große Gefahr für die umliegenden Wasservorkommen und angrenzende Gletscherregion darstellt.

Und schließlich stellt das seit 1997 bestehende *Observatorio de Conflictos Mineros de América Latina* (OCMAL), die Beobachtungsstelle für Bergbaukonflikte in Lateinamerika, einen Zusammenschluss von über 40 Organisationen dar, deren Ursprung von Mexiko bis Chile reicht. Zu ihnen zählen u. a. das OLCA, die CONACAMI und *Acción Ecológica* aus Ecuador.

Diese und andere Netzwerke und Bewegungen, die umweltbezogene Widerstandskämpfe mit Kämpfen für das Recht auf Zugang zu Ressourcen verknüpfen, haben eine eigene sprachlich-symbolische Deutung in Bezug auf die Territorialität erzeugt, die im Gegensatz zum dominanten Diskurs der Ökoeffizienz und einer desarrollistischen Vision steht oder zumindest davon abweicht. Zeitgleich haben sie die Verabschiedung von Gesetzen und Normen und in manchen Fällen sogar von neuen rechtlichen Rahmenbedingungen angestoßen, die auf den Aufbau eines neuen Gefüges an (nationalen und internationalen) Umweltinstitutionen abzielen.

2. Die öko-territoriale Wende aktueller Konflikte

Die sozialökologischen Kämpfe in Lateinamerika haben zu einer veränderten Bewertung und zu einem gemeinsamen Verständnis von Territorialität beigetragen. In diesem Verständnis wird das indigen-kommunitäre Modell mit dem Umweltdiskurs innovativ verbunden. Diese Konvergenz lässt sich als öko-territoriale Wende bezeichnen.

In ihr zeigt sich, wie aus der Sicht des kollektiven Widerstandes Forderungen nach dem Erhalt und dem Schutz der Umwelt mit der Verteidigung von Land und Territorium in aktuellen sozialökologischen Kämpfen zusammengedacht und verknüpft werden.

Die Konsolidierung einer alternativen Wertvorstellung von Territorialität scheint im Falle der indigenen und bäuerlichen Organisationen offensichtlich. Diese ist sowohl der engen Beziehung, die diese Organisationen im Hinblick auf das Gemeinschaftsleben mit Land und Territorium verbinden, als auch der Wiederbelebung des indigen-kommunitären Modells geschuldet, das in den letzten Jahrzehnten stattgefunden hat. Dennoch, die öko-territoriale Wende hat keineswegs exklusiv in Ländern mit einer hohen Präsenz an originären Völkern stattgefunden, sondern umfasst auch Länder wie beispielsweise Argentinien, wo sich in den letzten Jahren sowohl die bäuerlich-indigenen Widerstände als auch die sozialökologischen Bewegungen – besonders gegen den transnationalen Mega-Bergbau – vervielfacht haben.

Die sozialökologischen Proteste und Infragestellungen haben oft eine starke Mobilisierungswirkung. Über sie werden neue Themen, Begriffe und Perspektiven platziert, über die es gelingt, gesellschaftliche Debatten auszulösen. Im lateinamerikanischen Kontext der sozialen Kämpfe richten sie darüber ihre interaktive Dynamik auf die Entfaltung einer gemeinsamen kollektiven Subjektivität aus.

Folgende zentrale Leitbilder und -konzepte prägen den öko-territorialen Sprachgebrauch:

a) Gemeinschaftsgüter

Der Schutz der natürlichen Ressourcen erfährt eine Neubewertung, da sie als „Gemeinschaftsgüter“ betrachtet werden, welche die Lebensgrundlagen innerhalb eines spezifischen Territoriums garantieren und aufrechterhalten. Das Konzept integriert verschiedene Visionen, die sich für einen nicht-marktlichen Umgang mit Natur einsetzen. Aufgrund ihrer Bedeutung als Natur-, Kultur- und gesellschaftliches Erbe sind natürliche Ressourcen von unschätzbarem Wert und müssen mithin aus den Märkten herausgehalten werden. Dieser Charakter des „Unveräußerlichen“ ist unmittelbar mit der Idee des Gemeinschaftlichen, des Geteilten und damit auch mit der Definition der Gemeinschaft an sich oder Bereichen der Gemeinschaft verknüpft. Zudem ist die Frage der Gemeinschaftsgüter eng mit dem Aspekt des Territoriums verbunden. So handelt es sich nicht ausschließlich um einen Streit um die Verfügungsgewalt über natürliche Ressourcen, sondern um eine Auseinandersetzung über die Konstruktion einer bestimmten „Art von Territorialität“, deren Grundlage der Schutz des „Gemeinschaftlichen“ ist, das als natürliches, soziales und kulturelles Erbe verstanden wird.

b) Umweltgerechtigkeit

Die öko-territoriale Wende weist einige Ähnlichkeiten mit der in den 1980er Jahren in den schwarzen Communities in den Vereinigten Staaten entstandenen „Umweltgerechtigkeits-Bewegung“ auf. Henri Acselrad zufolge beinhaltet die Vorstellung der Umweltgerechtigkeit „das Recht auf eine sichere, gesunde und für alle produkti-

ve Umwelt, in der die Umwelt in ihrer Gesamtheit, das heißt ihren ökologischen, physischen, baulichen, sozialen, politischen, ästhetischen und ökonomischen Dimensionen begriffen wird. Es bezieht sich somit auf Bedingungen, unter denen ein solches Umweltrecht unter Wahrung, Berücksichtigung und vollständiger Entfaltung der individuellen und kollektiven Identitäten, der Würde und der Autonomie der Gemeinschaften, frei ausgeübt werden kann.“ (Acsehrad 2004: 16).

Die Vereinigung von sozialer Gerechtigkeit und Ökologismus bedeutet, die Menschen nicht als etwas Losgelöstes, sondern als integralen Bestandteil der tatsächlichen Umwelt aufzufassen (Di Chiro 1998). Mit dem Konzept der Umweltgerechtigkeit werden gesellschaftlich ungleiche Verteilungen von Umweltkosten und -risiken, eine mangelnde Partizipation und Demokratie, Umweltrassismen gegenüber den ihrer angestammten Territorien beraubten originären Völker sowie Geschlechterungerechtigkeiten sichtbar und thematisiert. Dieser Perspektive lassen sich das OLCA sowie die *Red de Justicia Ambiental*, das brasilianische Umweltgerechtigkeitsnetzwerk zuordnen.¹ Andererseits muss darauf hingewiesen werden, dass das Thema der Umweltgerechtigkeit, aktuell durch andere Themen wie das Leitbild des guten Lebens (*buen vivir*) erweitert bzw. abgelöst wird.

c) *El buen vivir*

Ein Schlagwort, das dem öko-territorialen *turn* besondere Dynamik verlieh, ist das eng mit der andinen Kosmovision verknüpfte Konzept des *buen vivir*, *sumak kawsay* oder *suma kamaña*. (vgl. Cortez/Wagner in diesem Band) Welches aber sind die Bedeutungen, die dem „buen vivir“ in den aktuellen Debatten vor allem in Ecuador und Bolivien zugesprochen werden? Viele sind der Ansicht, dass es sich um ein „in der Entwicklung befindliches Konzept“ handelt. Für den Bolivianer Xavier Albó (2009) steht das „buen vivir“ sinnbildlich für die Denkweise vieler Gemeinschaften der indigenen Völker und ihre Weltsicht. Zugleich repräsentieren diese Sichtweisen einen Teil des Landes, der im Gegensatz zu den Auffassungen herrschender gesellschaftlicher Fraktionen und Machtgruppen steht. Für die Ecuadorianerin Magdalena León wiederum basiert der Begriff des „buen vivir“ auf „Reziprozität, Kooperation, Komplementarität“ und impliziert eine Verlagerung von der Akkumulationslogik zum gemeinschaftlichen Zusammenleben. Zudem verbindet die Autorin das „buen vivir“ mit einer ökofeministischen Vision, in welcher die Sorge für das Leben, für den Anderen, von zentraler Bedeutung ist (León 2009).

In zwei lateinamerikanischen Verfassungen, die Ecuadors und die Bolivien, hat die Perspektive des „buen vivir“ bereits Eingang gefunden. In Ecuador hat die Regierung über das Nationale Planungs- und Entwicklungssekretariat, die SENPLADES (*Secretaría Nacional de Planificación y Desarrollo*), den „Plan del Buen Vivir, 2009–2013“ erarbeitet. Dieser sieht neben der „Rückkehr des Staates“ einen Wechsel des Akkumulationsmodells, vom Rohstoffexport zu einem endogenen Entwick-

¹ Weiterführende links: <http://www.olca.cl/oca/justicia/justicia02.htm> und www.justicaambiental.org.br/_justicaambiental [letzter Aufruf am 20.06.2012].

lungsmodell vor, welches biozentriert ist und sich auf die nachhaltige Nutzung der Biodiversität, des lokalen Wissens und des Tourismus gründet. Wie auch der vorgestellte Plan bekräftigt, „wird der Wechsel nicht unmittelbar sein, aber das Programm des ‚buen vivir‘ stellt hierfür einen Fahrplan dar“ (Ospina 2010).

In Bolivien verkörpert das „buen vivir“ eine Art Alternative zur dominanten westlichen Weltansicht. Während in Ecuador die Philosophie des „buen vivir“ durch eine Aneinanderreihung unterschiedlicher Zugänge, die von Aristoteles bis zum Ökosozialismus und dem Ökofeminismus reichen, gekennzeichnet ist, stellt sich der politische Prozess in Bolivien autozentrierter dar, da das Konzept einzig mit der Vision der originären Völker in Verbindung gebracht wird.

Gegenwärtig stellt das „buen vivir“ eine Projektionsfläche dar, auf die sich verschiedene emanzipatorische Bedeutungen beziehen. Innerhalb der verschiedenen Interpretationen erscheint das Gemeinschaftliche als gemeinsamer Kern, unabhängig von den Schwierigkeiten, das Konzept des „buen vivir“ angesichts des herrschenden Extraktivismus und der Manipulationsgefahr von Seiten der progressiven Regierungen in konkrete öffentliche Politiken zu übersetzen.

d) *Die Rechte der Natur*

Diese juristisch-philosophische Perspektive wird im Rahmen der neuen ecuadorianischen Verfassung erläutert. Ihr innovativer Charakter besteht in dem, was Eduardo Gudynas (2009a) als „biozentrische Wende“ bezeichnet hat. Diese besteht in einem Wandel weg von einer anthropozentrischen hin zu einer die Natur stärker als Rechtssubjekt begreifenden Weltansicht. Des Weiteren werden in der neuen Verfassung verschiedene Formen umweltbezogener Bürgerinnenschaft (*ciudadanía ambiental* y *meta-ciudadanía ecológica*) sowie zwei Arten voneinander getrennter Formen von Gerechtigkeit vorgeschlagen. Dies ist zum einen die *Umweltgerechtigkeit*, welche gerechte soziale Rahmenbedingungen und eine gesunde und nicht verschmutzte Umwelt für alle fordert, und zum anderen die *ökologische Gerechtigkeit*, die sich auf das Überleben der Arten und ihrer Ökosysteme als Lebensgrundlage bezieht (Gudynas 2009b).

Im Zusammenhang mit diesen Bedeutungsverschiebungen wird die öko-territoriale Wende besonders deutlich anhand des im Mai 2007 von der ecuadorianischen Regierung verkündeten Vorschlags, das Erdöl des Nationalparks Yasuni (Block 43) nicht auszubeuten. Mit dem Ziel, den Klimawandel zu bekämpfen, die Biodiversität und den Lebensraum isolierter Kulturen zu schützen, soll das Rohöl in jener Region nicht gefördert werden. Für die Umsetzung dieses Vorschlags fordert die ecuadorianische Regierung die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft. Diese soll die Nichtförderung des Öls und den hieraus entstehenden ökonomischen Ausfall über die Zahlungen in einen neu zu schaffenden Fonds kompensieren. Verwaltet werden soll dieser Fonds von der UN unter Beteiligung des ecuadorianischen Staates, der Zivilgesellschaft und den Geldgebern (vgl. Acosta in diesem Band).²

2 Die Kämpfe der in diesem Kontext sehr aktiven Organisationen der originären Völker, wie der CONAIE (*Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador*) und der Umwelt-NGOs, wie der *Acción Ecológica*, veranschaulichen die öko-territoriale Wende, welche ins-

3. Auf dem Weg zu Alternativen?

Die verschiedenen Konzepte der öko-territorialen Wende veranschaulichen die neue Grammatik der Auseinandersetzungen. Ihre alternativen Leitbilder finden großen Widerhall innerhalb der lateinamerikanischen Kämpfe und bilden einen gemeinsamen Bezugsrahmen, der die Ausweitung und Veränderung bisheriger Gesetze und (Umwelt-)Rechte anvisiert und damit im deutlichen Gegensatz zum herrschenden Modell steht. Auf allen Ebenen der Konflikte, sowohl hinsichtlich der Verteidigung des Territoriums und der Gemeingüter als auch bezüglich der Verteidigung der Menschenrechte, der Rechte der Natur oder des „buen vivir“, zielen die Forderungen auf eine Demokratisierung von Entscheidungsprozessen. Mehr noch zielen sie auf das Recht der Völker, „NEIN“ zu sagen zu Projekten, welche die Lebensbedingungen der verwundbarsten Sektoren der Gesellschaft besonders stark beeinträchtigen und zukünftige Generationen gefährden.

Diese Kämpfe spiegeln die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um das Verständnis und die Deutung von nachhaltiger Entwicklung und von Demokratie im Allgemeinen wider. In den meisten Fällen setzen die Organisationen und Netzwerke auf die Entwicklung von Strategien, deren Ziel es ist, den weiteren Ausbau der extraktivistischen Projekte zu stoppen. Zeitgleich richten viele lateinamerikanische Bürger_innen ihre wirtschaftlichen und politischen Erwartungen auf die progressiven Regierungen. Jenseits bestehender positiver Erfahrungen und Entwicklungen offenbaren sich verschiedene Hindernisse und Blockademomente, die nicht nur mit dem asymmetrischen Charakter der Kämpfe oder mit der Art der Regierung, mit denen die Bewegungen konfrontiert sind, zusammenhängen. Vielmehr haben sie auch mit Schwierigkeiten innerhalb der Bewegungen und Organisationen selbst und vielfach der Fortdauer von bestimmten, klassisch wachstumsbasierten gesellschaftlichen Entwicklungsvorstellungen zu tun. Zu diesen „Schwierigkeiten“ lassen sich die folgenden zählen:

Grenzen der Infragestellung des extraktivistischen Modells

Obwohl der Extraktivismus und besonders der Bergbau eine sehr lange und dunkle Geschichte in Lateinamerika besitzen, neigt man auch in Ländern mit einer langen Bergbautradition wie in Bolivien und Peru dazu, die Ausweitung des Bergbaus mit Entwicklung bzw. Fortschritt in Beziehung zu setzen. In Peru interagieren die Auseinandersetzungen der Bewegungen und Organisationen mit Debatten über die Verteilung der wirtschaftlichen Gewinne ebenso wie mit solchen, die die Enteignungsdynamik des neoextraktivistischen Modells betonen.

Aus Sicht Anthony Bebbingtons (2007) wird damit eine Trennlinie zwischen denen gezogen, die als Konfliktlösungsstrategie auf irgendeine Art von Kompensation

besondere seit der Politik der Mega-Bergbau-Projekte in einem sehr spannungsgeladenen Verhältnis zur neo-desarrollistischen Regierung von Rafael Correa steht. Vgl. auch: <http://www.gloobal.net/iepala/gloobal/fichas/ficha.php?id=13248&desde=0&entidad=Textos&html=1> [letzter Aufruf 20.06.2012].

setzen, und denjenigen, die den Bergbau vollständig ablehnen, das klassische Entwicklungsmodell in Frage stellen und insgesamt dazu tendieren, die gesellschaftlichen Spielregeln zu verändern. Oftmals koexistieren beide Visionen innerhalb der sozialen Bewegungen. Vladimir Pinto unterscheidet zwei divergierende Ausgangsmomente: auf der einen Seite die Bevölkerung, die in traditionellen Bergbauregionen lebt, deutliche Kritik an den Unternehmen äußert, jedoch stärker eine Veränderung der bisherigen Rahmenbedingungen sowie eine Anerkennung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, die durch den Bergbau lokal beeinträchtigt werden, fordert. Auf der anderen Seite befinden sich Regionen ohne eine bergbauliche Vorgeschichte, in denen die Bevölkerung massiv Widerstand gegen neue Extraktionsvorhaben leistet (Tambogrande, Huancabamba, Ayavaca) (Palacios Paez et al. 2008).

Spannungen zwischen Territorialitäten

Je nachdem, ob man sich auf ökonomische Akteure (Konzerne und Wirtschaftseliten), Staaten (und die jeweiligen territorialen bzw. politisch-administrativen Ebenen) oder die in den Konflikt direkt intervenierenden sozialen Akteure bezieht, kommen unterschiedliche Territorialitätslogiken zum Tragen. Die territoriale Logik der Konzerne und Wirtschaftseliten lässt sich deutlich in ein ökonomisches Paradigma einbetten. Dessen Maxime lautet, eine Transformation derjenigen Räume in leistungsfähige und produktive Territorien zu erreichen, in denen sich die als strategisch erachteten natürlichen Ressourcen befinden. Mit Bezug auf den transnationalen Mega-Bergbau weisen z. B. Argentinien und Peru – jenseits der Unterschiede ihrer politischen Regime und ihrer staatlichen Interventionsformen – hier große Ähnlichkeiten auf: Es handelt sich um Enteignungsmodelle, in denen die ökonomistische Logik der transnationalen Konzerninteressen vorherrscht und die durch öffentliche Politiken auf nationaler und regionaler Ebene gefördert und vertieft werden.

Im Falle Boliviens geriet die Entwicklung einer neuen etatistischen Logik während der ersten Mandatszeit von Evo Morales mit den Interessen der Unternehmen in Konflikt. Dennoch legte die Rationalität der Verstaatlichungspolitik, die eine Zunahme der staatlichen Beteiligung und zugleich den Zusammenschluss mit großen transnationalen Unternehmen auf der Basis von Verträgen mit geteilten Risiken kombinierten, auch hier zunehmend eine ökonomistische Vision auf das Territorium offen. Insofern ist das zweite Mandat von Evo Morales durch verschiedene Konflikte gekennzeichnet, die aus dem Zusammenstoß verschiedener Territorialitätslogiken resultieren. Hierzu zählt der Konflikt um das indigene Territorium und den gleichzeitigen Nationalpark, den „*Territorio Indígena y Parque Nacional Isiboro Sécuré*“ (TIPNIS). Im Jahr 2011 verwandelte sich der TIPNIS aufgrund eines Straßenbauprojektes zu einer Konfliktzone zwischen den Bewohner_innen der Region und der Regierung. In dieser Konfrontation versuchte die Regierung, die territoriale Autonomie der Bewohner_innen zu beschneiden, ohne die betroffenen indigenen Gemeinschaften vorab zu konsultieren. Nach einem durch zahlreiche indigene und Umweltorganisationen unterstützten Marsch der Indigenen des TIPNIS nach La Paz

und einem düsteren Repressionsakt rückte die Regierung von Evo Morales zunächst von ihren Absichten ab. Allerdings ist weiterhin ungeklärt, wie der Konflikt endgültig ausgehen wird. Der Verdienst der Ereignisse um den TIPNIS ist es jedoch, die Auseinandersetzung um Hegemonie erneut stärker in einen pluralen Rahmen und in das Versprechen des „*mandar obedeciendo*“ (gehorchend befehlen) einzubetten, das Teil der ursprünglichen Prämissen der Regierung Evo Morales' war.³

Die Angelegenheit erweist sich als umso komplexer, wenn wir uns den indigenen Völkern und ihren Organisationen zuwenden, da hier die Idee des Territoriums immer deutlicher mit jener der Selbstbestimmung verbunden ist. Héctor Díaz Polanco (2008) bekräftigt in diesem Zusammenhang, dass die Forderungen nach Autonomie auch die Sicherung und Anerkennung der kollektiven, ökonomischen und sozialen Rechte im Innern des Territoriums bedeuten. Die Forderung nach der Anerkennung kollektiver Rechte (gemäß der ILO-Konvention Nr. 169), die sowohl in internationalem Recht als auch in der Neuen Verfassung des Plurinationalen Staates verankert sind, wird auf nicht immer harmonische Art und Weise mit der Forderung kombiniert, an den wirtschaftlichen Gewinnen der extraktivistischen Projekte beteiligt zu werden.

Verbreiterung der Kluft zwischen Stadt und Land

Ein großer Teil der an den sozialökologischen Kämpfen beteiligten Organisationen befindet sich in semi-ruralen Territorien, die vom Fortschreiten der Ausbeutungs-grenze bedroht sind. Oftmals werden diese Gebiete aus der Perspektive einer angenommenen Verelendung (mit einer rückständigen Bevölkerung und Schattenwirtschaft) oder aus einer Opfersicht (aufgefasst als Wüsten oder fast menschenleere Gebiete) betrachtet. Zugleich breiten sich die Megaprojekte über kleine und mittlere Ortschaften aus, deren Verhandlungsmacht bzw. Druckmittel im Gegensatz zu großen urbanen Zentren deutlich schwächer ausfällt. In Peru oder Kolumbien bspw. trug die Abgeschiedenheit der Konfliktzonen dazu bei, die Stadt-Land-Gegensätze sowie die große Kluft zwischen den Städten und dem Gebirge, dem Urwald und der Küste oder in Argentinien jene zwischen den kleinen Ortschaften und den Großstädten zu vertiefen, da die Städte bisher kaum von den Megaprojekten (Bergbau, Agrobusiness, Staudämme u. a.) betroffen sind. Deutlich verstärkt wird diese Entwicklung durch die territorialen Fragmentierungsprozesse, die mit einer Konsolidierung der Export-Enklaven einhergehen. Folglich besteht zwischen den Organisationen und Bewegungen, welche die extraktivistische Logik anprangern, und den Gewerkschafts- und sozio-territorialen Organisationen, die in den großen urbanen Zentren entstanden sind, eine offenkundige Spaltung beziehungsweise enorme Distanz. Zu-

3 TIPNIS ist ein sehr abgeschiedenes und geschütztes Gebiet, dessen Autonomie bereits seit den 1990er Jahren offiziell anerkannt ist. Der Konflikt selbst ist multidimensional: Einerseits verteidigte die Regierung den Straßenbau, da dieser der Integration der Gemeinschaften dienen würde und ihnen die Möglichkeit gäbe, ihren Zugang zu Gesundheit, Bildung und die Vermarktung ihrer Produkte zu verbessern. Andererseits würde die Straße den Weg für zahlreiche neue extraktivistische Projekte (mit Brasilien und anderen Partnern) frei machen, die negative soziale und Umweltkonsequenzen für das Gebiet zur Folge hätten.

dem scheinen sich die existenten sozialökologischen Bewegungen und Organisationen in den industriellen Zentren eher in eine sektorale Logik und die stärkere Akzentuierung der Lobbyarbeit und nicht des Widerstandes zu verbeißen. So weisen sie nicht zuletzt auch wenig Vernetzung mit ländlichen Bewegungen oder Gruppen in den kleinen und mittleren Städten auf.

Dynamik der Kämpfe und die Stärkung der Rechte

Zunächst muss hervorgehoben werden, dass die beteiligten sozialen Organisationen und Bewegungen zwar ein alternatives Wissen entwickeln, dieses sich aber nicht zwangsläufig in konkrete alternative Projekte zum herrschenden Entwicklungsmodell übersetzen lässt. Die sozialen Bewegungen zielen auf die Öffnung der öffentlichen und politischen Agenda. Dadurch tragen sie zur Schaffung eines neuen normativen Rahmens und zur Modifikation geltender Gesetze bei, die eine abwehrende bzw. verteidigende Funktion besitzen. Gemeint sind jene Gesetze, die das Konsultationsrecht der originären Völker anerkennen, einen bindenden Charakter haben oder bestimmte Extraktionsaktivitäten untersagen. Als Beispiele lassen sich die Bergbauverbotsgesetze, die in Argentinien auf der Ebene der Provinzen zwischen 2003 und 2011 verabschiedet wurden, nennen sowie das seit 2010 bestehende nationale Gesetz, das den Megabergbau in Costa Rica verbietet. In den andinen Ländern wiederum richten sich viele Kämpfe und Forderungen auf die Umsetzung und Anerkennung der öffentlichen Konsultationen der indigenen Völker.

Die sozialen Bewegungen haben stets destituierende mit stärker instituierenden Dimensionen⁴ und eher defensive Antworten mit der Schaffung von neuartigen „Experimentierfeldern“ kombiniert, in welchen neue gesellschaftliche Alternativen entstehen, miteinander verwoben oder verworfen werden. Zweifelsfrei hat Lateinamerika, was die Diskussion über den Sinn und die Alternativen zum westlichen, wachstumsbasierten Entwicklungspostulat anbetrifft, in den letzten Jahren einen gemeinsamen Raum alternativer Wissensformen geschaffen, die als kollektiver Handlungsrahmen die herrschende Moderne in Frage stellen.

Dieser gemeinsame Rahmen nährt die Debatten über den Ausweg aus dem Extraktivismus und über die Möglichkeit, eine alternative Moderne zu denken. Dabei handelt es sich nicht um reine Diskurse ohne materielle Effekte, aber sie laufen Gefahr, zu solchen zu werden. Dies zeigt sich nicht nur am rasanten Tempo und dem Umfang der laufenden extraktivistischen Projekte sowie der Dringlichkeit, auf diese Entwicklungen zu reagieren, sie aufzuhalten oder zu verhindern. Diese Gefahr besteht auch darin, dass sich die Alternativendiskurse in einen Raum widersprüchlicher Tendenzen einfügen, welche die gegenwärtige Komplementarität zwischen einem fortschrittlichen Sprachgebrauch einerseits und der Kontinuität des herrschenden desarrrollistischen Extraktivismus andererseits verdeutlichen.

4 Destituierend meint politische Aktionen und ein politisches Selbstverständnis, welches sich von traditionellen Politikmustern wie der Ergreifung und Übernahme von Macht (instituierende Strategie) absetzt (Anmerkung der Übersetzerin).

Der juristische Weg ist zwar immer ein unvollständiger und mühseliger Pfad, erscheint im Prozess des Aufbaus einer neuen institutionellen Umweltarchitektur aber dennoch notwendig. Mit all seinen Schwierigkeiten und Rückschlägen verdeutlicht dieser Weg die Möglichkeit, dem vorherrschenden Extraktivismus Grenzen zu setzen. Er bringt eine Wertschätzung des Rechtes als Kampfmittel mit sich, auch wenn dieser Prozess aufgrund der defensiven Rahmenbedingungen (Escobar 2005) weit davon entfernt ist, in die Etablierung eines neuen „Naturregimes“ übersetzt zu werden.

Literatur

- Acselrad, Henri* (Hg.) (2004): *Conflitos ambientais no Brasil* Ed. Relume, Dumará: Fundação Heinrich Böll, Rio de Janeiro.
- Albo, Xavier* (2009): “Suma Qamaña = el buen convivir”. In: *Revista Obets, Buen Vivir, Desarrollo y Maldesarrollo*, Nr. 4, Dezember 2009, Instituto Universitario de Desarrollo Social y Paz, Universidad de Alicante: 25–40.
- Bebbington, Anthony* (Hg.) (2007): *Minería, Movimientos sociales y respuestas campesinas*. Lima, IEP.
- Bollier, David* (2008): Los bienes comunes: un sector soslayado de la riqueza. In: Helfrich, Silke (Hg.): *Genes, bytes y emisiones: Bienes comunes y ciudadanía*, Fundación Heinrich Böll, México: 30–41; http://www.mx.boell.org/downloads/Bienes_Comunes_total_EdiBoell.pdf, [letzer Aufruf: 03.07.2012]
- Díaz Polanco, Hector* (2008): La insoportable levedad de la autonomía. La experiencia mexicana. In: *Natividad, Gutierrez Chong: Estados y Autonomías en democracias contemporáneas*. Bolivia, Ecuador, España, México, México, UNAM/Plaza y Valdés: 245–273.
- Di Chiro, Giovanna* (1998): La justicia social y la justicia ambiental en los Estados Unidos: La Naturaleza como comunidad. In: *Goldman, Michael: Privatizing Nature. Political Struggles for the Global Commons*. Pluto Press: London: 105–118.
- Escobar, Arturo* (2005): El post-desarrollo como concepto y práctica social. In: *Mato, Daniel* (Hg.): *Políticas de Economía, ambiente y sociedad en tiempos de globalización*. Caracas, Facultad de Ciencias Económicas y Sociales, Universidad Central de Venezuela: 17–31.
- Esteva, Gustavo* (2007): Commons: más allá de los conceptos de bien, derecho humano y propiedad. Entrevista con Gustavo Esteva sobre el abordaje y la gestión de los bienes comunes por Anne Becker, Diciembre del 2007. Ciudad de México.
- Gudynas, Eduardo* (2009a): La ecología política del giro biocéntrico en la nueva Constitución del Ecuador. In: *Revista de Estudios Sociales*, Nr. 32: 34–47.
- ders.* (2009b): Diez tesis urgentes sobre el nuevo extractivismo. Contextos y demandas bajo el progresismo sudamericano actual. In: *CAAP* (Hg.): *Extractivismo, Política y Sociedad*, CAAP (Centro Andino de Acción Popular), CLAES (Centro Latino Americano de Ecología Social) y Fundación Rosa Luxemburg, Quito: 187–225.
- Larrea, Ana María* (2010): La disputa de sentidos por el buen vivir como proceso contrahegemónico. In: *Los nuevos retos de América Latina. Socialismo y sumak kawsay*. SENPLADES, Quito: 15–27.

- Leon, Magdalena* (2009): Cambiar la economía para cambiar la vida. Desafíos de una economía para la vida. In: Acosta, Alberto/Martínez, Esperanza (Hg.): El buen vivir. Una vía para el desarrollo. Abya Yala, Quito: 63–74.
- Ospina, Pablo* (2010): Significado de la radicalización. Análisis de coyuntura. Mimeo. Quito: CEP.
- Palacios Paez, Mario/Pinto, Vladimir/Hoetmer, Raphael* (2008): Minería Transnacional, Comunidades y las Luchas por el Territorio en el Perú: El caso de Conacami. Lima, Coper. Accion, Conacami.
- Svampa, Maristella* (2011): Extractivismo neodesarrollista y movimientos sociales. ¿Un giro ecoterritorial hacia nuevas alternativas? In: Lang, Miriam/Mokrani, Dunia (Hg.): Más allá del Desarrollo. Grupo Permanente de Trabajo sobre Alternativas al Desarrollo, Fundación Rosa Luxemburg/Abya Yala, Quito: 185–216.
- Vittor, Luis* (2009): CONACAMI: 10 años tejiendo resistencias a la minería en Perú. ALAI (América Latina en movimiento), <http://alainet.org/active/30470>, [letzter Aufruf: 03.07.2012].